

Bericht

des Finanz- sowie des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr 160 der Beilagen) betreffend gemeinsame Bestimmungen für die Haushaltsjahre 2010 bis einschließlich 2014 sowie für den Landeshaushalt für das Jahr 2010 (Landeshaushaltsgesetz)

Der Finanz- sowie der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss haben in gemeinsamer Sitzung am 18. November 2009 die zitierte Vorlage der Landesregierung geschäftsordnungsgemäß eingehend in Anwesenheit von Landeshauptfrau Mag. Burgstaller, Landeshauptmann Stellvertreter Dr. Haslauer, dem für Finanzen ressortzuständigen Regierungsmitglied Landeshauptmann Stellvertreter Mag. Brenner sowie weiteren Mitgliedern der Landesregierung und von Experten eingehend beraten.

Auf der Expertenbank waren der Leiter der Abteilung 8, Hofrat Dr. Paulus, die Leiterin des Budgetreferats, Frau Mag. Rathgeber, Herr Mittermair sowie Landesrechnungshofdirektor Mag. Dr. Müller vertreten. Zu den einzelnen Haushaltsgruppen waren die für die zu bewirtschaftenden Stellen zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung vertreten.

Die Beratungen über den Landeshaushalt für das Jahr 2010 samt Landeshaushaltsgesetz stehen in einem engen sachlichen Zusammenhang mit diesen über das Jahr 2011 (Nr 161 der Beilagen).

Weiters liegen allen Abgeordneten der Finanzbericht 2009 sowie die Mittelfristige Finanzvorschau 2009 bis 2013 vor.

Auf den Inhalt der Vorlage in Nr. 160 der Beilagen wird verwiesen.

Der Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Haushaltsjahr 2010 wird mit folgenden Gesamtbeträgen festgesetzt:

Ordentlicher Landesvoranschlag	
Ausgaben	2.171.957.000 €
Einnahmen	2.171.957.000 €

Außerordentlicher Landesvoranschlag

Ausgaben	69.630.300 €
Einnahmen	69.630.300 €

Gesamthaushalt

Ausgaben	2.241.587.300 €
Einnahmen	2.241.587.300 €

Das Haushaltsgesetz selbst gliedert sich in zwölf Artikel und enthält in Artikel XI (2) eine Verfassungsbestimmung. Im Übrigen wird auf die Vorlage und die dazu ergangenen Erläuterungen verwiesen.

Nach Aufruf des Verhandlungsgegenstandes durch Berichterstatter KV Abg. Ing. Mag. Meisl (SPÖ) wird eine ausführliche Generaldebatte abgeführt, in der sich Frau LHF Mag. Burgstaller, LH Stv. Mag. Brenner und LH Stv. Dr. Haslauer sowie die Klubobleute bzw. der Fraktionsvorsitzende aller Landtagsparteien sowie weitere Abgeordnete zu Wort melden. Dieser Ausschussbericht enthält Beiträge zur Generaldebatte. Hinsichtlich detaillierter Ausführungen wird auf das Protokoll der Ausschüsse verwiesen.

Landeshauptfrau Mag. Burgstaller betont in ihrer ersten Wortmeldung, dass es sich die Landesregierung nicht leicht gemacht habe, ein Doppelbudget vorzulegen. Es sei klug gewesen, ein solches Doppelbudget zu erstellen. Trotz einer gewissen Unsicherheit wegen der Einnahmensituation sei dieser Schritt gerechtfertigt. Ein Doppelbudget habe einen bestimmten Wert in Richtung Verlässlichkeit und Planungssicherheit, von der die Einrichtungen ausgehen könnten. Für strukturelle Veränderungen im Budget, die von der Landesregierung vorgenommen werden sollen, seien jedenfalls zwei Jahre als Planungshorizont besser. Gerade in schwierigen Zeiten heiße es trotzdem, Prioritäten zu setzen. Es gäbe Prioritäten für Wachstumsbereiche und solche, die schrumpfen. Als Beispiel für eine Wachstumspriorität wurde die aktive Arbeitsmarktpolitik genannt. Am meisten steige nämlich der Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik mit 55 %, die Wirkung sei enorm. Die Arbeitslosigkeit, derzeit im Jahresschnitt 5,1 %, werde auch 2010 vorhersehbar wahrscheinlich auf 6 % steigen. Dies bedeutet, dass derzeit im Land Salzburg rund 12.500 Menschen arbeitslos wären, eine für Salzburg ungewöhnlich hohe Zahl. Leider steige auch die Jugendarbeitslosigkeit. Bedrohlich sei, dass diese gerade unter Schulabbrechern und Schulabgängern steige. Am meisten sei derzeit der Tennengau betroffen. Allerdings arbeite das Land gerade daran, besonders Lehrlingen konkrete Jobchancen zu öffnen.

Die Kinderbetreuung sei ein weiterer erklärter Schwerpunkt des vergangenen Budgets und der künftigen Landesvoranschläge. Mit € 41,2 Mio werde der Beitrag des Landes Salzburg zur Kin-

derbetreuung 2010 seit 2003 mehr als verdoppelt werden. Die Ausgaben 2003 betragen für die Kinderbetreuung noch € 18 Mio, 2010 werden dies € 41,2 Mio sein. Das Ziel, bis zum Jahre 2014 den Gratiskindergarten einzuführen bleibe aufrecht, wenngleich es natürlich schwierig sei, das tatsächlich zu erreichen.

Die Landesregierung, so Frau Landeshauptfrau weiter, habe sich bemüht, den Versuch zu unternehmen, die Schulden einzudämmen. Ohne Zutun des Landes seien aber die Einnahmen weggebrochen. Anstelle der bisher soliden Budgetpolitik der Null-Neu-Verschuldung musste der Versuch unternommen werden, die Schulden unter der Grenze von € 1 Mrd zu halten. Die gesamte Entwicklung werde auch in Zukunft von Maßnahmen des Bundes und der Europäischen Union abhängen. Stichworte seien Finanztransaktionssteuer oder Börsenumsatzsteuer. Wirksam helfen könne aber nur das Wachstum der Wirtschaft. Trotz der schwierigen Einnahmensituation und der strukturell bedingten Kosten könne sich das Ergebnis sehen lassen. Abschließend bedankt sich Landeshauptfrau Mag. Burgstaller bei den Mitgliedern der Landesregierung, der Landesverwaltung im Gesamten und der Finanzverwaltung im Besonderen.

Das für das Finanzenressort zuständige Regierungsmitglied, Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner weist darauf hin, dass ein sehr schwieriger Teil der Debatte zur Erstellung der Grundlagen für die Landesvoranschläge der Jahre 2010 und 2011 bereits anlässlich der Beratungen zum Budgetbegleitgesetz abgewickelt wurde. Es sei nichts zu beschönigen. Es handle sich um das schwierigste Budget seit 1945. Bis zum Jahre 2007 gab es sogar mehr Einnahmen im Vergleich zu den geplanten Budgetansätzen hierfür. Nunmehr stehe man in einer verkehrten Welt. Die Landesregierung musste mit vielen Maßnahmen eine Schuldenlawine stoppen, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht wurde. Trotzdem sei es gelungen, die Situation unter Kontrolle zu bringen. Es konnte aber nicht verhindert werden, neue Schulden zu machen. Durch die Steuerreform und die durch die Finanzkrise ausgelöste Verschlechterung der Realwirtschaft habe sich die Einnahmensituation des Landes binnen kürzester Zeit dramatisch verändert. Es drohte ein Schuldenberg von € 1 Mrd. In einem solchen Falle hätte man die Hälfte des Ermessensspielraumes des Landes Salzburg für den Zinsendienst in Höhe von zirka € 100 Mio verwenden müssen. Trotz der entstehenden Lücken sei es gelungen, gegebene Versprechen einzuhalten. Erstmals seit einem halben Jahrzehnt seien gemeinsam Budgetrichtlinien entwickelt worden. Dank der Mithilfe aller Ressorts, die auf Zusatzwünsche verzichteten, konnte die Finanzierungslücke stark auf € 132,5 Mio für das Jahr 2010 und € 133,8 Mio für 2011 reduziert werden. Weiters sei man noch weit davon entfernt, nach 2011 eine entspanntere Situation erwarten zu können. Überdies bestehe darüber Einvernehmen, jeden Cent an zusätzlichen Einnahmen zur Schuldentilgung einzusetzen.

Das Land müsse anders als ein Betrieb arbeiten. Man müsse mehr Einnahmen lukrieren, aber auch Ausgaben reduzieren. So wurden alleine bei den öffentlich Bediensteten ein Betrag von

€ 27 Mio eingespart, ein neues Gehaltsschema entwickelt und Ermessensausgaben um 12 % gekürzt. Die Neuverschuldung müsse man in Kauf nehmen, aber sie wäre nicht unkontrolliert. Durch die Budgetrichtlinien konnten € 171 Mio und durch die Sparpläne der Ressorts € 93 Mio eingespart werden. Es wurden € 78 Mio über die Richtlinien hinaus eingespart. Für 2010 konnte die zu erwartende Lücke von minus € 200 Mio auf minus € 132,5 Mio im Jahr 2010 und von minus € 220 Mio auf minus € 133,8 Mio im Jahr 2011 verkleinert werden. Trotz der deutlichen Reduzierung der Finanzierungslücke muss auch bei der vorsichtigen positiven Wirtschaftsprognose für 2011 davon ausgegangen werden, dass auch nachher eine große Lücke zu schließen sein werde.

Der Vergleich mit anderen Bundesländern lasse Salzburg sehr gut aussehen. Oberösterreich habe einen Großteil der Wohnbauförderung verkauft, wolle dies auch hinsichtlich seiner Anteile an der Energie AG tun und habe Rücklagen in Höhe von € 255 Mio aufgelöst. Wien verzeichne eine Neuverschuldung von € 800 Mio. Niederösterreich habe für 2009 von vornherein € 200 Mio Schulden vorgesehen und stehe vor einer Neuverschuldung von zusätzlich € 900 Mio. Die Steiermark werde für 2010 € 218 Mio an neuen Schulden verzeichnen. Kärnten habe über € 1 Mrd Schulden.

Sodann dankt auch Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Brenner allen Beteiligten in Regierung und Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

In einer ausführlichen Wortmeldung als Beitrag zur Generaldebatte weist Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer darauf hin, dass der Versuch der Umarmung der Oppositionsparteien durch den Finanzreferenten wohl zu verfrüht sei. Landeshauptmann Stellvertreter Dr. Haslauer wolle die für ihn wichtigen Grundsätze zur Erstellung des Doppelbudgets für 2010 und 2011 darlegen:

- So wolle dieser nicht das Land Salzburg in einen Vergleich mit anderen Bundesländer gestellt sehen; man habe für das eigene Land zu sorgen und Verantwortung zu tragen.

- Ursprünglich waren die Schulden im Landesvoranschlag nicht stabilisiert. Sie haben bereits eine schwindelerregende Höhe erreicht. Man müsse nunmehr die Schulden wenigstens stabil halten. Die Schulden hätten sich von € 430 Mio jetzt für das Jahr 2011 mit € 830 Mio in zwei Jahren gegenüber dem Durchschnitt der vergangenen fünfzehn Jahre fast verdoppelt. Es sei von Jänner bis September im Jahr 2009 ein Einnahmenverlust von minus € 120 Mio zu verzeichnen gewesen.

- Die Behauptung des Finanzreferenten, wonach das vorstehende Budget das schwierigste seit 1945 sei, wäre Unsinn. Damals war ein Drittel des gesamten Wohnraumes der Stadt Salzburg

zerstört, hätten sich tausende von Flüchtlichen in Salzburg aufgehalten, wäre die Lebensmittelversorgung nicht gesichert und die Zukunft des Landes völlig ungewiss gewesen. Heute debattiere man auf einem hohen Niveau. Die damalige Generation habe alles aus dem Nichts geschaffen, statt Fensterglas musste Pappkarton verwendet werden. Wohl ein sehr drastisches Symbol. Zugegeben sei, dass die nunmehrige Haushaltserstellung eine der schwierigsten seit einigen Jahrzehnten gewesen sei.

- In den Budgetverhandlungen habe sich die ÖVP konstruktiv verhalten und die SPÖ mit LHF Mag. Burgstaller und dem Finanzreferenten nicht "anlaufen" lassen. Es gäbe klare Ziele, die bei der Budgeterstellung verfolgt wurden. Dazu zählten, dass die Wohnbauförderung genau so wenig verkauft werden sollte wie etwa die Schlüsselbeteiligungen an der Salzburg AG, der GSWB, der Messe GmbH und an der Flughafen-Gesellschaft. Weiters trage man für die künftige Entwicklung Verantwortung, insbesondere auch dadurch, dass die Schuldenentwicklung eingedämmt und nicht auf die nächste Generation übertragen werde.

Der Tourismus verzeichne eine gute Buchungslage; das letzte Ergebnis sei das zweitbeste gewesen, beim Sommer- und Wintertourismus zusammen könne man von einem Wachstum von knapp unter zwei Prozent ausgehen. Die Bauwirtschaft sei ebenfalls noch gut ausgelastet. Zu erwarten sei, dass die Wachstumshoffnungen zu einem zarten Plus führen werden. Das wirtschaftliche Niveau von 2007/2008 werde man aber leider erst in Jahren erreichen.

Bedenklich sei, dass derzeit vier Mal so viel an Geldmenge in der Weltwirtschaft im Umlauf sei wie sie die Realwirtschaft brauche. Die Regulierungen und Kontrollmechanismen der Finanzwirtschaft seien noch immer nicht in Kraft. Seine Sorge gelte der Geldmarktentwicklung und den damit verbundenen negativen Auswirkungen auf den Export, der zu einer stagnierenden Wirtschaft führe. Erhöhung der Geldmenge, die Geldmarktpolitik, die bewusst Schulden in Kauf nehme, und die Tatsache, dass zwei Drittel der Staaten ihre Geldreserven in Dollar angelegt haben, werde sicher inflationär wirken. Die Idee, eine künstliche Leitwährung zu schaffen, sei der Beweis für die Dramatik. Sodann stellt Landeshauptmann Stellvertreter Dr. Haslauer die Währungsrelationen zwischen Dollar und Schilling resp. Dollar und Euro im Laufe der letzten dreißig Jahre dar.

Wünschenswert wäre eine leichte, kontrollierte Inflation, weil diese einerseits zur Reduktion der Schulden beitrage und andererseits die Einnahmen des Staates erhöhe. Das Risiko liege aber dann bei einer unkontrolliert hohen Inflation, aber auch bei einer Deflation. Die Abschlüsse der Lohnverhandlungen werden bei 1,5 % liegen. Nach fünf "Goldenen Jahren" hätte kein Mensch daran gedacht, einen so massiven Einnahmeneinbruch hinnehmen zu müssen.

In schwierigen Zeiten sei es auch durch Einsparungen bei den öffentlich Bediensteten - einvernehmlich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern - gelungen, im Jahre 2010 € 50 Mio einzusparen. Dies sei auch ein Dämmwert gegen die dramatische Schuldenentwicklung. Überdies hätten sich die beiden Koalitionspartner ÖVP und SPÖ das Einsparungspotential je zur Hälfte in den eigenen Ressorts geteilt.

Früher habe man von einem "Salzburger Klima" gesprochen. Vielleicht könne man das wieder erreichen. Jedenfalls wolle die ÖVP Verantwortung für das Land Salzburg tragen. Der Dank gilt allen Abteilungen des Amtes der Landesregierung, der Personalvertretung und der Finanzabteilung. Mit diesem Doppelbudget für 2010 und 2011 habe die Zusammenarbeit eine neue Qualität erreicht, schließt Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haslauer.

Klubobmann Abg. Dr. Schnell (FPÖ) führt in dessen ersten Generaldebattenbeitrag aus, dass jedem klar sein gewesen müsse, dass der ständige Anstieg der Wirtschaft einmal ende. Nach dem Vergleich von Landeshauptmann Stellvertreter Dr. Haslauer der Wirtschafts- und Währungssysteme mit den USA und dem Dollar hoffe dieser, dass das Land Salzburg sein Budget auch 2012 gut erstellen könne. Es gäbe nämlich durchaus eine große Angst vor der Krise. Die gesamte wirtschaftliche Entwicklung hätten auch die einzelnen Ressorts beachten müssen. Aus der internationalen Finanzkrise wurde eine Wirtschaftskrise, die jetzt auch zu einer immer stärkeren Arbeitslosigkeit führe. Wie die FPÖ immer gesagt habe, war der Verkauf der Hypo – Bank vielleicht ein Fehler. Das Land Salzburg hätte den höchsten Schuldenstand erreicht. Überdies werde nicht allgemein gespart sondern mit bei den zusätzlichen Wünschen der Ressorts. Es hätten sich einige Projekte auch als Marketing–Gag erwiesen, so zum Beispiel die Pendlerpauschale und der Gratiskindergarten. Bedenklich sei auch der Grundstücksverkauf in Bad Gastein, es fehlten Prioritätensetzungen. Dies wäre für die Politik gerade in schwieriger werdenden Zeiten wichtig. Die Strategie der Budgeterstellung sei falsch. 2010 wäre ein striktes Sparpaket richtiger gewesen, um strukturelle Veränderungen vorzunehmen. Habe die FPÖ bisher als Oppositionspartei die Budgets des Landes mitgetragen, so werde sie die für 2010 und 2011 ablehnen.

Abg. Schwaighofer (Grüne) hebt in dessen Generaldebattenbeitrag hervor, dass auch Salzburg Opfer der globalen Finanzwirtschaft und der Klimakrise geworden sei. Die Krise der Finanzwirtschaft habe sich in die Realwirtschaft verlagert. Es gehe daher in dieser Situation um eine richtige Schuldenpolitik mit Rücksichtnahme auf künftige Generationen und um die Frage, ob man an den richtigen Stellen gespart habe. Die Regierung habe leider nicht die nötigen Maßnahmen gesetzt, um für zukünftige Herausforderungen gewappnet zu sein. Als Beispiele hierfür seien die Bildung, die Energie und das Sozialwesen zu nennen.

So sei die Bildung die Zukunftsressource. Salzburg habe auf diesem Gebiet zu wenig getan, etwa auf dem Gebiet der Nachmittagsbetreuung und der Schulversuche. Im Bereich der Energie gebe es dramatische Herausforderungen, es müsse CO₂ eingespart und auf erneuerbare Energieträger umgestiegen werden. Dramatisch und unverständlich seien die Streichungen im koenergiefonds (minus 20 % gegenüber RA 2008 und minus 40 % gegenüber VA 2009). Auch seien die Sparmaßnahmen im Sozialen ein fatales Signal, denn dadurch würde der Kreislauf von Armut und Krankheit wieder in Gang gesetzt werden. Mehr Armut heiße zugleich auch mehr Ausgaben bei Gesundheit. Andererseits könnte man in anderen Bereichen mehr sparen. Das Land Salzburg habe die Pensionsreform nicht wie vereinbart erfüllt und Sparpotentiale nicht ausgenützt. Gespart werde dafür beim aktiven Personal und auch bei Nachbesetzungen. Weiters wären die Representationsausgaben und Verfügungsmittel der Landesregierung erhöhet worden, so Abg. Schwaighofer abschließend.

Klubobfrau Abg. Mag. Rogatsch (ÖVP) meint, dass man bei einem Sparbudget tatsächlich jeden Euro zweimal umdrehen müsse, bevor man ihn ausgeben. Daher gelte der Dank den öffentlich Bediensteten des Landes in allen Bereichen – von der Verwaltung bis zur Krankenpflege. Sie hatzen einen großen Beitrag zur Einsparung geleistet. Dies gelte auch für viele andere Bereiche wie ua Sport, Kultur oder Landwirtschaft, wo überall Sparen angesagt sei. Man müsse das Sparbudget auch draußen mittragen. Mit dem Blick nach vorne, auf 2012/2013 und mit viel Disziplin könne verhindert werden, dass der Schuldenberg ins Unendliche wachse. Man müsse auch von der Mentalität im Sinne eines "Vollkaskoangebots", wonach alles gratis wäre, abgehen. Man müsse auch mehr Gedanken dafür verwenden, wie das riesige Finanzloch für die Gemeinden verkleinert werden könne. Ein Minus von 5 bis 6 % sei für kleine genauso schwierig wie für große Gemeinden. Dies sei am Beispiel der Baukosten des a Krankenhauses Zell am See sehr gut sichtbar. Weiters stelle sich die Frage, ob das Land bzw die Landesregierung gegenüber den Rechtstragergemeinden von Spitälern bei einer allfälligen Aufgabe der Rechtsträgerschaft gleich vorgehe wie seinerzeit bei Mittersill, Tamsweg bzw Oberndorf. Die weitere ausführliche Wortmeldung von Frau KO Abg. Mag. Rogatsch gilt den Themen der Ankurbelung der Wirtschaft, der Wirtschaftsförderung, der Arbeitsmarktpolitik, Schule, Bildung und Tagesbetreuung. Durch die Initiative von Frau Landesrätin Eberle sei auch auf dem Gebiet der Kinderbetreuung nichts zu fürchten. Auf diesem Gebiet habe Salzburg sein Budget deutlich ausgeweitet. Dazu kämen die Mittel des Bundes, sodass insgesamt € 11 Mio mehr zur Verfügung stehen. Abschließend wünscht sich Frau Klubobfrau Abg. Mag. Rogatsch eine bessere Aufarbeitung der Erläuterungen und empfiehlt dem Landtag die Beschlussfassung des Doppelhaushalts.

Klubvorsitzender Abg. Ing. Mag. Meisl stellt fest, dass sich in Folge der dramatischen Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch die Budgetrahmenbedingungen dramatisch verändert hatzen und dies für den gesamten öffentlichen Bereich große Herausforderun-

gen darstelle. In dieser Situation sei die Politik besonders gefordert, weil es darum gehe, einen sich verkleinernden "Kuchen" zu verteilen. Es sei aber gelungen, klare Prioritäten in diesem Budget zu setzen. Die Sparpotentiale müssten dort ausgeschöpft werden, wo Menschen nicht direkt davon betroffen seien. Die oberste Priorität sei im Bereich des Arbeitsmarktes in Form von einer Budgetaufstockung von € 4,5 Mio auf € 7,2 Mio zu setzen. Auch im Sozialbereich gebe es eine klare Prioritätensetzung, wobei in den nächsten Jahren keine großen Sprünge möglich sein werden. Es werden sich aber trotzdem die Fallzahlen erhöhen, die im Landeshaushalt bewältigt werden können. Das sich auf sehr hohem Niveau befindliche soziale System im Land Salzburg müsse man halten können. Salzburg wäre trotz der notwendigen Sparmaßnahmen bereits "mindestsicherungsfit".

Im Gesundheitsbereich werde das Budget 2010 um 9 % und 2011 um weitere 6 % erhöht, was garantiere, dass die Gesundheitsversorgung weiterhin auf einem sehr hohen Niveau zu halten sein werde. Auch der Weg der enormen Erhöhungen (Steigerung um 26 % von € 30 Mio auf € 41 Mio) für die Kinderbetreuung im Land Salzburg werde weiter fortgesetzt und dürfe nicht verlassen werden.

Salzburg werde nicht den Weg wie andere Bundesländer gehen und das "Familiensilber" verkaufen. Es sei kein Thema gewesen, die Wohnbauförderung zu verkaufen, sondern es sei auch von Anfang an klar gewesen, dass die Beteiligungen an der Salzburg AG, am Salzburger Flughafen, an der GSWB und anderen Gesellschaften nicht angetastet werden. Man werde auch in Zukunft bei strategischen Entscheidungen mitreden können. Die Mehrverschuldung sei nicht zu vermeiden, gerade in Salzburg habe man es aber geschafft, das Ruder noch selber in der Hand zu haben, und nicht nur Mitfahrer zu sein, wie dies in anderen Bundesländern der Fall sei. Es werde weiterhin möglich sein, die Zukunft Salzburgs selbst zu gestalten, so KV Abg. Ing. Mag. Meisl in der Generaldebatte.

Abg. Mag. Scharfetter (ÖVP) führt aus, dass noch nie so viel gespart worden sei und man sich aber auch noch nie so hoch verschuldet habe, wie jetzt. Die Neuverschuldung dieses Doppelbudgets sei zusammengerechnet größer, als die Verschuldung der letzten 25 Jahre. Der Schuldenstand für das Haushaltsjahr 2011 würde mit € 830 Mio inkl der SALK prognostiziert. Seiner Ansicht nach wäre es sinnvoll, den Schuldendienst der SALK in das Haushaltsjahr einzurechnen. Im Jahr 2008 seien Erlöse aus den Ertragsanteilen von € 16 Mio erzielt worden. Für die nächsten Jahre werde eher ein moderates Wachstum prognostiziert. Wenn man, und dies soll die Größenordnung verdeutlichen, den gesamten Mehrerlös in die Schuldentilgung stecke, brauche man immerhin 25 Jahre, um wieder auf den Schuldenstand von 2007 zu kommen. Ein weiteres Problem liege bei der Kostendynamik in den Aufgabenbereichen der Länder. Im Bereich der Sozialen Wohlfahrt wären Steigerungsraten bis zu 7,8 % festzustellen. Und diese Entwicklung sei seiner Ansicht nach noch nicht zu Ende. Wenn sich die Lage am Arbeitsmarkt verschlechtere, werde beispielsweise auch die Sozialhilfe mehr in Anspruch genommen. Auch

bei der geschlossenen Sozialhilfe, also bei Pflegegeldbeziehern in den Heimen, gebe es seit den letzten fünf Jahren eine Kostensteigerung von 135 %. Im Jahr 2006 habe die Nettobelastung des Landes für Gesundheit noch € 160 Mio betragen, 2011 habe man eine Nettobelastung von € 230 Mio budgetiert, dh eine Steigerung von rund 50 %. Gestiegene Fallzahlen, die demographische Entwicklung und dass mit einem Landtagsbeschluss der medizinische Fortschritt nicht außer Kraft gesetzt werden könne, müsse in diesem Zusammenhang auch gesehen werden. Ein weiterer Bereich, in dem enorme Kostensteigerungen zu verzeichnen seien, sei der Bereich Kinderbetreuung. Auch hier habe sich der Wert von € 20 Mio auf € 40 Mio gesteigert. Eine Reduzierung wäre sicherlich nicht möglich - Stichwort Gratiskindergarten.

Abg. Mag. Scharfetter unterstreicht noch einmal die ernste budgetäre Situation und meint, dass sich die steigende Verschuldung durch eine enorme Dynamik in einzelnen Kostenbereichen, die man zum Teil nicht steuern könne, durch verminderte Einnahmen und der wirtschaftlichen Finanzkrise ergeben würde. Diese Situation stelle das Land vor die große Herausforderung, zwischen der Erhaltung eines gewissen politischen Gestaltungsspielraumes auf der einen Seite und der Neuverschuldung auf der anderen Seite einen Weg zu finden, um die nächsten Generationen nicht zu sehr belasten. Man müsse überlegen, wie die Schulden getilgt oder zurückgeführt werden können. Dies bedeute aber auch, dass es über kurz oder lang massive strukturelle Eingriffe geben müsse. In den vergangenen Jahren habe man auch in Zeiten der Höchstkonjunktur bestenfalls den Schuldenstand stabilisiert. In Summe seien € 90 Mio getilgt worden. Die Aussage der Regierung, ab 2011 zusätzliche Einnahmen für die Schuldentilgung zu verwenden, werde begrüßt. Um dieses Vorhaben umsetzen zu können, brauche es aber ein gewisses Maß an politischer Selbstdisziplin, so Abg. Mag. Scharfetter abschließend.

SPEZIALDEBATTE

Gruppe 0 (Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung)

Die **Gruppe 0 des ordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamteinnahmen von € 51.694.900,-- und Gesamtausgaben von €239.144.600,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 0 des außerordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamtausgaben von € 3.830.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Gruppe 1 (Öffentliche Ordnung und Sicherheit)

Die **Gruppe 1 des ordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamteinnahmen von € 346.100,-- und Gesamtausgaben von € 6447.100,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen – sohin **einstimmig – angenommen**.

Die **Gruppe 1 des außerordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** enthält weder Einnahmen noch Ausgaben.

Gruppe 2 (Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft)

Die **Gruppe 2 des ordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamteinnahmen von € 350.647.200,-- und Gesamtausgaben von € 445.443.600,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 2 des außerordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamtausgaben von € 9.768.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Gruppe 3 (Kunst, Kultur und Kultus)

Die **Gruppe 3 des ordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamteinnahmen von € 7.598.000,-- und Gesamtausgaben von € 47.157.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grüne gegen die Stimme der FPÖ - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 3 des außerordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamtausgaben von € 2.661.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grüne gegen die Stimme der FPÖ - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Gruppe 4 (Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung)

Die **Gruppe 4 des ordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamteinnahmen von € 341.569.100,-- und Gesamtausgaben von € 456.728.600,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 4 des außerordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamtausgaben von € 2.545.900,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Gruppe 5 (Gesundheit)

Die **Gruppe 5 des ordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamteinnahmen von € 315.798.200,-- und Gesamtausgaben von € 538.171.700,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 5 des außerordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamteinnahmen von € 13.800.000,-- und Gesamtausgaben von € 21.337.600,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimme der Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Gruppe 6 (Straßen- und Wasserbau, Verkehr)

Die **Gruppe 6 des ordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamteinnahmen von € 6.742.700,-- und Gesamtausgaben von € 99.647.700,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 6 des außerordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamteinnahmen von € 3.000.000,-- und Gesamtausgaben von € 23.387.800,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Gruppe 7 (Wirtschaftsförderung)

Die **Gruppe 7 des ordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamteinnahmen von € 1.258.900,-- und Gesamtausgaben von € 70.546.500,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 7 des außerordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamtausgaben von € 2.600.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Gruppe 8 (Dienstleistungen)

Die **Gruppe 8 des ordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamteinnahmen von € 3.624.000,-- und Gesamtausgaben von €3.693.500,-- wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen - sohin **einstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 8 des außerordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** enthält weder Einnahmen noch Ausgaben.

Gruppe 9 (Finanzwirtschaft)

Die **Gruppe 9 des ordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamteinnahmen von € 1.092.677.900,-- und Gesamtausgaben von € 264.976.700,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gruppe 9 des außerordentlichen Haushaltes für das Haushaltsjahr 2010** mit Gesamteinnahmen von € 52.830.300,-- und Gesamtausgaben von € 3.500.000,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gesamtsummen des ordentlichen Landesvoranschlags für das Haushaltsjahr 2010** mit Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 2.171.957.000,-- werden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Die **Gesamtsummen des außerordentlichen Landesvoranschlags für das Haushaltsjahr 2010** mit Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von € 69.630.300,-- werden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

.

Der **Gesamthaushalt** mit Ausgaben in der Höhe von € 2.241.587.300,-- und Einnahmen in der Höhe von € 2.241.587.300,-- wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ und Grüne - sohin **mehrstimmig - angenommen**.

Nach Austausch der Argumente sowie Beantwortung der von den Abgeordneten aufgeworfenen Fragen durch die anwesenden Experten kommen die Ausschussmitglieder beider Ausschüsse mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die der FPÖ und Grünen mehrstimmig zur

Auffassung, dem Landtag das Landeshaushaltsgesetz samt Landesvoranschlag zur Beschlussfassung zu empfehlen.

Der Finanz- sowie der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellen mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die der FPÖ und Grünen – sohin mehrstimmig – den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Das in Nr 160 der Beilagen enthaltene Gesetz wird zum Beschluss erhoben.

Salzburg, am 18. November 2009

Die Vorsitzende des
Finanzausschusses:
Riezler eh

Der Vorsitzende des
Verfassungs-
und Verwaltungsausschusses:
Kosmata eh

Der Berichterstatter:
Ing. Mag. Meisl eh

Beschluss des Salzburger Landtages vom 16. Dezember 2009

Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die der FPÖ und Grünen – sohin mehrstimmig – zum Beschluss erhoben.